Zeitschrift: Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft

Band: 15 (1975)

Artikel: Politische Ökonomie = Économie politique

Autor: Linder, Wolf / Klöti, Ulrich

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-171974

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

POLITISCHE ÖKONOMIE

ÉCONOMIE POLITIQUE

Berichterstatter/Rapporteur:
Wolf Linder, Ulrich Klöti

I. Einleitung

Gelegentlich wird gesagt, Politik- und Wirtschaftswissenschaft hätten sich seit den alten Klassikern *(Adam Smith, Karl Marx,* aber auch *Max Weber)* so sehr aus den Augen verloren, dass sie sich zu ihrem gemeinsamen Gegenstand – der „Politischen Ökonomie" oder der „Ökonomie der Politik" – nichts mehr zu sagen hätten. Dieser Satz ist sicher nicht ganz zutreffend. Er täte so wichtigen und gewichtigen Arbeiten wie *Joseph A. Schumpeters* ‚Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie" [1], *Karl W. Kapps* „Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft" [2], *Mancur Olson's* „Logik des kollektiven Handelns" [3] oder *John Kenneth Galbraith's* „Die moderne Industriegesellschaft" [4] sicherlich unrecht. Richtig ist jedoch, dass Entwicklung und Professionalisierung von Wirtschafts- und Politikwissenschaft sich bis in die jüngste Zeit entlang der Grenzen eines Topos „Wirtschaft" oder „Politik" vollzog und dass verbindende Ansätze den Preis bezahlen mussten (und müssen), theoretisch und methodisch hinter Ansprüchen des reinen Fachs zurückzubleiben.

Die Wiederentdeckung der Politischen Ökonomie entspricht keinem rein theoretischen Interesse, sondern widerspiegelt die stets enger werdende Verflechtung gesellschaftlicher Organisationsbereiche von Wirtschaft und Politik sowie daran sichtbar werdender Probleme. Mit andern Worten: die Renaissance Politischer Ökonomie geht zu einem Gutteil auch darauf zurück, dass die meisten Struktur- oder gar Krisenprobleme gegenwärtiger gesellschaftlicher Entwicklung an den Nahtstellen zwischen der privaten Erwerbs- oder Kapitalwirtschaft und dem staatlichen Organisationsbereich entdeckt werden. Damit ist die Politische Ökonomie daran, ihre Aussenseiterstellung im akademischen Feld zu über-

1 Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1946.
2 Karl W. Kapp, *Die volkswirtschaftlichen Kosten der Privatwirtschaft*, Tübingen /Zürich 1968.
3 Mancur Olson, *Die Logik kollektiven Handelns*, Tübingen 1968.
4 John K. Galbraith, *Die moderne Industriegesellschaft*, München/Zürich 1968.

winden, oder noch mehr: Einfluss auf die Entwicklung der „reinen" Disziplinen zu nehmen.
Die bisher geringe Ausbreitung des polit-ökonomischen Ansatzes in der Schweiz legt es nahe, dem Bericht über laufende Arbeiten in diesem Gebiet einige Literaturangaben und Trendrichtungen zur allgemeinen Entwicklung der Politischen Ökonomie voranzustellen, die dem politikwissenschaftlich Interessierten den Einstieg in das Gebiet erleichtern mögen.

II. Ansätze politischer Ökonomie: Versuch einer Grobgliederung

Für die grosse, und immer noch rasch zunehmende Zahl politökonomischer Publikationen gilt zunächst die Feststellung, dass es keine „Politische Ökonomie" als einheitliches Denkgebäude gibt. Eine Einteilung und Unterscheidung der verschiedenen konkurrierenden Ansätze fällt schwer. Man könnte sie natürlich entlang der erkenntnistheoretischen, methodischen und programmatischen Linie ziehen, welche das „bürgerliche" Theorielager – und damit einen Grossteil der sogenannten *„Neuen Politischen Ökonomie"* – von jenen Wissenschaftsbemühungen trennt, die die Marxsche *„Kritik der Politischen Ökonomie"* begrifflich rekonstruieren und von da aus eine Analyse der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft unternehmen. Aber diese Unterscheidung bliebe unbefriedigend. Zwar dürfte meistens gelten, dass die bürgerliche Politische Ökonomie *Partialanalysen* und *Partialkritik* (z. B. zum Verhältnis privater und politischer Investitionsentscheide, zum wirtschaftlichen Wachstum und Gleichgewicht usw.) liefert, während marxistischen Ansätzen die Analyse und Kritik der *Gesamtheit* gesellschaftlicher Verhältnisse (Produktionsverhältnisse, Wertschöpfung, Zirkulation und Verteilung, Funktion des Staatsapparats, Sozialisation) vordringlich bleibt. [5] Aber die Versuche, Analyse und Kritik der Gesamtgesellschaft aus dem Kern eines polit-ökonomischen Paradigmas zu entwickeln, sind nicht mehr auf marxistische Theoretiker beschränkt, womit auch die Unterscheidung am materiell interessantesten Punkt unscharf wird. Auch gibt es heute eine Anzahl von Mischformen. Im folgenden werden vier Richtungen aufgezeigt, die sich in ihren materiellen Fragestellungen, ihren Methoden und ihrer Reichweite unterscheiden. Die Abgrenzung wurde *aus der Sicht der Politikwissenschaft* getroffen; Wirtschaftswissenschaftlich Interessierte würden sie vermutlich anders legen.

1. Ökonomische Theorie der Demokratie

Seit *Anthony Downs'* 1957 unter diesem Titel erschienenen Buch [6] bemühen sich Ökonomen verstärkt, die kollektiven Entscheidungen der Politik mit Hilfe ihrer

5 Mit diesem Fazit als Übersicht: Winfried Vogt, „Zur Kritik der herrschenden Wirtschaftstheorie", in: ders. (Hrsg.), *Seminar: Politische Ökonomie*, Frankfurt 1973, S. 180 ff.
6 Anthony Downs, *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen 1968.

Modelle und Methoden zu erklären. Die handlungs- und entscheidungstheoretische Konzeption politischen Handelns unter Anwendung des individualistischen Nutzenkalküls, nach dem politische Parteien ihren Stimmenanteil in der Wahlbevölkerung maximieren, beinhaltet eine Kritik bestimmter Annahmen der ökonomischen Neoklassik (etwa der „monopolistisch" oder nach „Gemeinwohl" entscheidungsfähigen Staatsgewalt), um an ihre Stelle das Modell eines politischen Wettbewerbs mit Elementen einer Konsumentensouveränität zu setzen. Einen Überblick mit ausführlichen Literaturangaben dieser „ökonomischen Theorie der Politik" gibt *Bruno S. Frey* in seinem gleichnamigen Aufsatz [7]. Im entscheidenden Punkt dieses handlungstheoretischen Ansatzes – nämlich dem Aufdecken struktureller Analogien zwischen ökonomischen und politischen Entscheidungsprozessen – liegen Stärke und Schwäche zugleich: formale Methodik und Operationalisierung der zentralen Hypothesen gestatten die Formulierung entwickelter Modelle, wie sie die Politische Wissenschaft genuin nicht hervorgebracht hat [8]. Diese Globalmodelle politischen Handelns klammern andererseits bedeutende Fragestellungen vor allem der normativen und historischen Politikwissenschaft aus oder beinhalten Annahmen, die von der politischen Theorie aus stark hinterfragt werden müssten (z. B. das individualistische Nutzenkalkül mit all seinen Implikationen). In diesem Zusammenhang instruktiv ist der Aufsatz von *Hans Peter Widmaier:* „Machtstrukturen im Wohlfahrtsstaat" [9]. Von der formal-umfassenden „ökonomischen Theorie der Demokratie" aus führen verschiedene Bereichstheorien zu materiellen Vertiefungen, etwa zu den Problemen öffentlicher Güter und externer Effekte. Der Aufsatz von *Jürgen Frank, Otto Roloff und Hans Peter Widmaier* zu den Entscheidungen über öffentliche Güter [10] bietet dazu eine kritische, für den Politologen aufforderndanregende Einführung.

2. *Policy Science und Public Policy Analysis*

In den USA entstand in den sechziger Jahren im Zuge der „Verwissenschaftlichung der Politik" die sogenannte *„Policy Science"*, die sich implizit oder ausgesprochen als Beratung der Regierung verstand. In der Verselbständigung zu einer Disziplin führte sie Elemente der Entscheidungstheorie, der Organisations-

7 Bruno S. Frey: „Die ökonomische Theorie der Politik oder die neue politische Ökonomie", in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, Bd. 126 (1970), S. 1 ff.

8 Man achte allerdings auf die unterschiedlichen Begründungen dieses Sachverhalts, für den z. B. Frey *(op. cit)*. die Überlegenheit der ökonomischen Methode anführt, Widmaier (vgl. Anm. 9) dagegen den „säkulären Prozess der ökonomische Konditionierung der Individuen im Kapitalismus" sieht, womit „eine eng begrenzte ökonomische Rationalität tendenziell alle ökonomischen und politischen Institutionsbereiche" erfasse (S. 69).

9 Hans Peter Widmaier, „Machtstrukturen im Wohlfahrtsstaat", in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 1974, Heft 1, S. 69 ff.

10 J. Frank, O. Roloff, H. P. Widmaier: „Entscheidungen über öffentliche Güter", in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft*, Band 24 (1973), Heft 1.

soziologie [11], von Planungs- und Entscheidungstechniken sowie der Politikwissenschaft zusammen, wie etwa das – in Europa mehr als in den USA rezipierte – Werk von *Yehezkel Dror:* „Public Policy Making Re-examined" [12] belegt. Hat dieser (handlungsorientierte) Ansatz der Forschung ein besseres empirisches Verständnis darüber vermittelt, wie Politik von ihren Akteuren denn tatsächlich betrieben wird, so hat die anwendungsorientierte Richtung immer mehr Elemente ökonomischer Analyse aufgenommen. Was heute in den USA unter dem Label *„Public Policy Analysis"* läuft, ist eine anwendungs- und problemorientierte Forschung, wofür etwa die Namen von *Aaron Wildawsky* [13], *John Crecine* [14] oder *Julius Margolis* [15] stehen. Hieraus sind auch eine Reihe von multidisziplinären Studiengängen entstanden [16]. Zwei Bemerkungen zu diesem Ansatz drängen sich auf. Erstens reichen Analyse, Kritik und Vorschläge dieser um die ökonomische Dimension erweiterten Politikwissenschaft kaum über das Spektrum der Realpolitik hinaus oder erkaufen sich ihre Wertfreiheit mit der Anpassung an herrschende Interessen [17]. Zweitens unterliegt der Ansatz – in jüngster Zeit und in unseren Verhältnissen – der Tendenz einer Reduktion auf eine betriebswirtschaftliche Entscheidungslehre, die den Rationalitätsdefiziten der staatlichen Bürokratie vordergründig entgegenkommt. Auf die Problematik voraussetzungsloser Anwendung von Techniken wie PPBS oder KNA verweisen allerdings *Günther Schmid/Dieter Freiburghaus* in ihrer Fallstudie zur Kosten-Nutzen-Analyse „Wasserstrassenanschluss für das Saarland" aufs eindrücklichste [18].

11 Hier vor allem der Arbeiten von Herbert Simon.

12 Yehezkel Dror: *Public Policy Making Re-examined,* San Francisco, 1968 (die deutsche Ausgabe, Freiburg 1972 ist m. W. vergriffen). Für eine deutsche Rezeption des Policy Science-Ansatzes sei v. a. auf die Arbeiten von Fritz Scharpf, z. T. Carl Böhrets verwiesen.

13 z. B.: Aaron Wildawsky, „Policy Analysts: A New Professional Role in Government Service", in: *Public Administration Review,* Bd. XXVII, Nr. 3, Sept. 1967.

14 z. B. John Crecine, „Ein Computersimulationsmodell kommunaler Budgetierung", in: Frieder Naschold, Werner Väth: *Politische Planungssysteme,* Opladen 1973.

15 Julius Margolis, *Urband Fiscal Problem and Policy,* 1971, *The Governance of Metropolitan Areas: Fiscal Aspects,* 1971, *Public Politics for Private Profits,* 1972. Diese Papiere sind alle in einer Schriftenreihe des „Fels Center of Government, University of Pennsylvania, 39th Walnut Street, Philadelphia, Penn. 19104, erschienen und auch nur dort erhältlich. Sie wurden anstelle allgemein zugänglicher Literatur deshalb angeführt, weil sie am besten die Forschungs- und Anwendungsphilosophie des Policy Science oder Policy Analysis Ansatzes demonstrieren.

16 Vgl. dazu einen Trendreport dieser Politik- und Verwaltungsausbildung in: Wolf Linder/ Hubert Treiber: *Verwaltungsreform als Ausbildungsreform,* München 1975

17 Deutlich hat das Y. Dror ausgesprochen: Mit der Beschränkung der Analyse auf instrumentelle Fragen des Politik-Machens erfolgt gleichzeitig eine Beschränkung der Werte „in the instrumental sense of establishing processes and structures whereby a maximum net output of whatever goals and values are desired can be achieved, d. h.: „any goals, from increases in human happiness and self-fulfillment to genocide" (in: *op. cit.:* S. 130 und 242).

18 Günther Schmid/Dieter Freiburghaus. „Techniken politischer Planung: Vom Marktkalkül zum Plankalkül? ", in: *Leviathan* 1974, Nr. 3, S. 346 ff.

3. Polit-ökonomischer Systemansatz

Der sozialwissenschaftlichen Systemtheorie, wie sie etwa von *David Easton*[19] oder *Amitai Etzioni*[20] formuliert, für die Politikwissenschaft im deutschen Sprachraum vor allem durch *Frieder Naschold*[21] rezipiert und eine Zeitlang mit der Soziologie *Niklas Luhmanns* in abstrakter Form vorherrschend war, hat das Aufkommen Politischer Ökonomie eine neue Wendung gegeben. Zu verweisen ist hier zunächst auf die Arbeiten *Claus Offe's*[22], und, daran anschliessend, *Jürgen Habermas'*[23]. Hier entstanden aus einer – im Grunde nichtmaterialistischen – Kapitalismuskritik Ansätze einer gesamtgesellschaftlichen Theorie, die Elemente der politischen Ökonomie, der politischen Systemtheorie und der politischen Soziologie zu integrieren sucht. Besonderes Interesse gilt Fragen des Verhältnisses von Ökonomie und Staat, der Umwandlung ökonomischer in politische Krisen und den Legitimationsgrundlagen politischer Herrschaft im „Spätkapitalismus". Als eine für den Politologen wichtigste Arbeit ist die Untersuchung von Volker Ronge und Günter Schmieg *„Restriktionen politischer Planung"*[24] zu nennen. Den Vorwurf, Gesellschaftstheoretiker unter den Politikwissenschaftern seien nicht fähig, das Instrumentarium quantitativer Methoden der Wirtschaftswissenschaften und der „empirischen" Soziologie zu nutzen, widerlegt zumindest *Günther Schmid* in seiner politisch-ökonomischen Faktorenanalyse, wo er Hypothesen konkurrierender Theorien zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung am Beispiel zwanzig entwickelter westlicher Industrieländer dem empirischen Test unterwirft[25]. Der relativen Beliebigkeit des systemtheoretischen Paradigmas, seiner möglichen Verflachung zu einem modischen Vokabular ist gegenüberzustellen, dass sich hier dem Politikwissenschafter wohl die günstigsten Verbindungen zu den für ihn wichtigen ökonomischen Problemen eröffnen und dass der Ansatz als solcher noch stark entwicklungsfähig sein dürfte.

4. Kritik der politischen Ökonomie

Diese Kritik meint zweierlei: die Kritik an der herrschenden Nationalökonomie als Wissenschaft und die Kritik an den herrschenden, politisch-ökonomischen

19 David Easton, *A Systems Analysis of Political Life*, New York 1965.
20 Amitai Etzioni, *The Active Society*, New York/London 1968.
21 Frieder Naschold, *Systemsteuerung*, Stuttgart 1969.
22 Claus Offe: „Krisen des Krisenmanagement: Elemente einer politischen Krisentheorie", in: *Herrschaft und Krise* (Hrsg.: Martin Jänicke), Opladen 1973, S. 197 ff, sowie: ders., *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt 1972.
23 Jürgen Habermas, *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt 1973.
24 Volker Ronge, Günter Schmieg, Restriktionen politischer Planung, Frankfurt 1973.
25 Günther Schmid: *Funktionsanalyse und politische Theorie (Funktionalismustheorie, politisch-ökonomische Faktorenanalyse und Elemente einer genetisch-funktionalen Systemtheorie)*, Düsseldorf 1974, insbesondere Kapitel 8 und 9.

Verhältnissen gesellschaftlicher Wirklichkeit. Hier dominieren insgesamt Ansätze, die sich auf marxistische Methode und Begriffe berufen, doch scheint es dem Aussenstehenden, dass – ausser der Ideologiekritik – fundierte Auseinandersetzungen um die herrschende moderne Nationalökonomie selbst eher von nicht-marxistischen Positionen aus geführt werden [26]. Für erste polit-ökonomische Versuche einer Realanalyse des entwickelten Kapitalismus aus marxistischer Sicht sind zunächst einige Standardwerke zu nennen: *Paul A. Baran und Paul M. Sweezy:* Monopolkapital [27] sowie *Ernest Mandel:* Marxistische Wirtschaftstheorie [28]. Dass die unvermittelte Übertragung und Verwendung marxistischer Begriffe zur Analyse und Kritik der modernen gesellschaftlichen Entwicklung nicht unproblematisch ist, zeigt sich an den Bemühungen um eine materialistische Staatstheorie, wo daher in den Arbeiten *Joachim Hirsch's* und anderer [29] – etwa gegenüber *Elmar Altvaters* „Thesen zum Staatsinterventionismus [30] – ein deutlicher Rückzug auf die Rekonstruktion der Begriffe festzustellen ist. Arbeiten zur Kritik der Politischen Ökonomie erwecken wohl ein sehr unterschiedliches Interesse: vieles von dem, was marxistische Analyse als „kategoriale Ableitung" anbietet, macht den Eindruck der Scholastik mindestens dort, wo sie sich um die Vermittlungsprobleme zwischen „Begriff" und „Erscheinung" drückt. Andererseits müssten Arbeiten wie diejenige *James O'Connors* zur Finanzkrise des Staates [31] oder der (wohl auch als Antithese zu den Theorien der „postindustriellen Gesellschaft" z. B. *Daniel Bells* gemeinte) Aufsatz von *Winfried Vogt* zur langfristigen ökonomischen Entwicklung eines kapitalistischen Systems [32] eine Herausforderung auch an jene theoretisch Interessierten darstellen, welche die entsprechenden materialistischen Grundannahmen nicht teilen.

26 Vgl. neben dem bereits angeführten Sammelband „Seminar Politische Ökonomie" (Anm. 5) den Reader: E. K. Hunt, J. G. Schwartz (Hrsg.), *A Critique of Economic Theory,* Penguin Books 1972.

27 Paul A. Baran, Paul M. Sweezy, *Frankfurt 1967, sowie Paul M. Seezy,* Theorie der kapitalistischen Entwicklung, *Frankfurt 1971.*

28 Ernest Mandel, *Marxistische Wirtschaftstheorie,* Frankfurt 1968.

29 Joachim Hirsch, *Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals,* Frankfurt 1974 sowie: „Elemente einer materialistischen Staatstheorie", im gleichnamigen Buch von Claudia von Braunmühl, Klaus Funken, Mario Cogoy und Joachim Hirsch, Frankfurt 1973 (1975), S. 199 ff.

30 Elmar Altvater, „Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus", in: *Probleme des Klassenkampfs,* 1972, Heft 3, S. 1 ff.

31 James O'Connor, *Die Finanzkrise des Staates,* Frankfurt 1974.

32 Winfried Vogt, „Zur langfristigen Entwicklung eines kapitalistischen Systems", in: *Leviathan* 1973, Heft 2, S. 161 ff.

III. Polit-ökonomische Arbeiten in der Schweiz [33]

Dem geringen Professionalisierungsgrad der Politischen Wissenschaft in der Schweiz entsprechend ist hier keine breite polit-ökonomische Forschungstätigkeit von Politologen vorzufinden.

Am weitesten gediehen sind daher die Arbeiten einer Reihe von Ökonomen, die den Ansatz einer „ökonomischen Theorie der Politik" weiterentwickelt haben. Hier sind zunächst eine Reihe von Aufsätzen von *Bruno S. Frey* (Konstanz/Basel) zu erwähnen. Diese behandeln u. a. den Einfluss wirtschaftlicher Variablen auf die Popularität der Regierung empirisch am Beispiel der BRD [34], Probleme der gegenseitigen Einwirkung von Politik und Wirtschaftswachstum [35] der Politischen Ökonomie öffentlicher Dienste [36] und öffentlicher Güter [37]. Zusammen mit Friedrich Schneider – auf dessen Simulationsmodell zu politisch-ökonomischen Konjunkturzyklen hier hingewiesen sei [38] – arbeitet Frey weiter an Gesamtmodellen des politisch-ökonomischen Systems. Im Zentrum des Interesses stehen Fragen des Makro-Zusammenhangs von ökonomischem und politischem System, insbesondere auch die Untersuchung des Regierungsverhaltens. Daraus sollen Erkenntnisse und Voraussagen hinsichtlich der konjunkturellen Steuerung der Wirtschaft innerhalb der Legislaturperiode gewonnen werden. Mehr auf den schweizerischen Rahmen bezogen sind eine Reihe von Aufsätzen von *Peter Stolz* (Basel): In „Wählereinfluss und Wählerverhalten in ökonomischer Sicht" [39] wird die Aussagekraft von ökonomischen Modellen der Zweckrationalität auf das Wahlverhalten in der Referendumsdemokratie untersucht, während in der Aufsatz „Wirtschaftspolitik im Lichte ökonomischer Modelle der Demokratie" sich u. a. kritisch mit der Reichweite des operationellen Demokratiebegriffs auseinandersetzt. [40] Der Beitrag „Zum Verhältnis von Demokratie und

33 Berücksichtigt wurden – mit ganz wenigen Ausnahmen – die Arbeiten, die der Vereinigung für Politische Wissenschaft bei ihrer Umfrage im Sommer 1974 gemeldet wurden. Der Abschnitt ist deshalb nicht unbedingt repräsentativ und auch nicht auf dem letzten Stand.

34 Bruno S. Frey, Hermann Garbers, „Der Einfluss wirtschaftlicher Variablen auf die Popularität der Regierung – eine empirische Analyse", in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 186 (1972) Heft 4, S. 281 ff.

35 Bruno S. Frey, „Zur gegenseitigen Einwirkung von Politik und Wachstum", in: B. Gahlen, A. Ott (Hrsg.), *Probleme der Wachstumstheorie*, Tübingen 1972, S. 322 ff.

36 Bruno S. Frey: „On the Political Economy of Public Services", in: M. Feldstein (Hrsg.), *The Economics of Public Services*, London 1975.

37 Bruno S. Frey, „A Dynamic Theory of Public Goods", *Finanzarchiv* 32 (1974), S. 185 ff.

38 Bruno S. Frey, „The Politico-Economic System: A Simulation Model", in: *Kyklos* 27 (1974), Fasc. 2.

39 Peter Stolz, „Wählereinfluss und Wählerverhalten in ökonomischer Sicht", in: *Wirtschaft und Recht* 24 (1972).

40 Peter Stolz, „Wirtschaftspolitik im Lichte ökonomischer Modelle der Demokratie", in: *Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 108 (1972).

Rationalität in der politischen Ökonomie"[41] schliesslich hat methodologischen Charakter. *René L. Frey* (Basel) hat sich aus ökonomischer Sicht und vom Ansatz der „spill-over"-Effekte in der Arbeit „Der schweizerische Föderalismus – wirtschaftlich durchleuchtet[42] dem aktuellen Problem des optimalen bundesstaatlichen Zentralisierungsgrades gewidmet.

Im Zuge der Diskussion um die „Grenzen des Wachstums", um den Begriff der „Lebensqualität" und mit der Sozialindikatorenbewegung haben auch die Reformbewegungen um die Gestaltung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung neuen Auftrieb erhalten. Eine vergleichende Darstellung und kritische Prüfung der wichtigsten Reformvorschläge wurde von *Robert Walser* am Institut für Wirtschaftsforschung der ETH unter *Bruno Fritsch* 1974 im Auftrag der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bad Godesberg, vorgenommen.

Die Prognos AG, Basel, hat im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn, eine ex-post Untersuchung über die Verwendung von Subventionen und den Erfolg des Subventionsprogramms im Rahmen der bundesdeutschen Förderungsmassnahmen zur Verbesserung der Molkereistruktur angestellt. Die von *Hans Bülow* und *Leopold Kohn* erstellte Studie[43] hat einiges Aufsehen erregt, wohl nicht zuletzt wegen ihrer Resultate, wonach das politische Ziel einer Erhöhung der Produktivität im Molkereisektor nicht erreicht wurde sowie wegen ihrer Empfehlungen nach einer institutionalisierten Erfolgskontrolle. Methodisch markiert die Studie eines der bei uns eher seltenen Beispiele einer Policy Analysis auf quantitativer Grundlage.

Als weiteren Auftrag aus diesem Gebiet führte Prognos für das Bundesministerium für Finanzen, Wien, ein Projekt „Grundlagen für eine Strategie zur längerfristigen Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums in der Republik Österreich" durch. Die Studie, 1974 abgeschlossen, zielt auf den Entwurf grober Massnahmebündel zur Verbesserung der materiellen, physischen und psychischen Lebensbedingungen für den Zeitraum bis 1985. Methodisch soll die Studie auf einem semi-ökonometrischen Prognosemodell, explorativen und normativen Prognosen sowie des Social Forecasting beruhen.

Ebenfalls durch die Prognos bearbeitet wird eine Vorstudie für ein Bonner Ministerium, die zu einem Entwurf eines Planungs- und Angebotssystems für die Realisierung einer zukunftsorientierten integrativen Sozialpolitik führen soll[44]. Mit einer grossen Vielfalt von Methoden soll zuerst die soziale Entwicklung prognostiziert und dann der Ist-Zustand der Angebots- und Planungsorganisation

41 Peter Stolz, „Zum Verhältnis von Demokratie und Rationalität in der politischen Ökonomie", in: *Schweiz. Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 13 (1973).

42 René L. Frey, „Der Schweizerische Föderalismus – wirtschaftlich durchleuchtet", in: *Zeitschrift für Schweizerisches Recht* 93, 1974 I 359 ff.

43 Hans Bülow, Leopold Kohn, *Untersuchung der Förderungsmassnahmen zur Verbesserung der Molkereistruktur*, Basel 1974 (Vertrieb durch Prognos AG).

44 Prognos AG, *Soziale Infrastruktur in der Bundesrepublik Deutschland*, (Vorstudie), Basel 1974. (Diesen Abschnitt sowie die nächstfolgenden bis S. 48 oben verfasste Ulrich Klöti.)

im Sozialbereich analysiert werden. Zudem sollen normative Entwürfe zu einer Neugestaltung dieser Organisation entwickelt werden. Eine Implementation dieser Entwürfe wird freilich erst erfolgen können, wenn die Konzeptionen in einer noch ausstehenden Hauptstudie mit Inhalt gefüllt werden. Eine Beurteilung des Erfolges der als Ergebnis des ambitiösen Projekts vorgeschlagenen Massnahmen ist somit noch nicht möglich.

Auch eine weitere, bereits 1970 abgeschlossene Studie [45], wurde im Auftrag der bundesdeutschen Regierung (Bundeskanzleramt) erstellt. Es ging um die Erarbeitung von Grundlagen für eine gesellschaftspolitisch orientierte Wachstumsstrategie in der BRD. Als Methode benützte man weitgehend die Systemanalyse. Zuerst versucht die Arbeit, das abgeleitete Ziel „Wachstum" in die gesellschaftspolitische Zielhierarchie einzuordnen. Dabei wird Wachstum verstanden als Zeitersparnis zur Herstellung eines bestimmten „Warenkorbes" an privaten und öffentlichen Gütern im Zuge eines arbeitsteiligen Produktionsprozesses. Da eine Wachstumspolitik nach Mass, d. h. ein alle Komponenten umfassendes Programm als nicht möglich erscheint, wird eine „Engpasspolitik" empfohlen. Eine forcierte politische Aktivität wird in den drei Bereichen Aussenwirtschaftspolitik, Infrastrukturpolitik (Bildung, Forschung, Präventivmedizin, öffentlicher Nahverkehr) sowie Strukturpolitik (Industrie-, Agrarpolitik und Stadtsanierung) empfohlen. Der im engeren Sinne politikwissenschaftliche Teil der Studie findet sich in den Empfehlungen zur Durchsetzung der Wachstumspolitik. Vorgeschlagen werden eine stärkere Beteiligung des wissenschaftlichen Sachverstandes etwa in „Royal Commissions" und der öffentlichen Meinung an der politischen Willensbildung. In organisatorischer Hinsicht soll eine Neuverteilung der Aufgaben zwischen den Verwaltungsebenen (Bund, Länder, Regionen, Gemeinden) vorgenommen werden. Als fiskalisches Gegengewicht wird auch eine Neuverteilung der Steuereinnahmen auf die Verwaltungsebenen nach bestimmten Kriterien empfohlen. Schliesslich möchte man für die Entscheidfindung auf den verschiedenen Ebenen eine Rahmenplanung auf Bundesebene zur Koordinierung der Ressortplanung der der Länderplanung vorschalten. Gerade im Zusammenhang mit dem letzten Reformpunkt würde es im Sinne einer Erfolgskontrolle interessieren, wie weit die umfassenden Planungsinstrumente erfolgreich in die Tat umgesetzt werden konnten.

In der Schweiz arbeitet im übrigen auch Stefan *Bieri* [46] u. a. mit dem Instrumentarium der Neuen Politischen Ökonomie, wenn er die „Schweizerische Finanzverfassung" darstellen will, indem er die Aufgabenverteilung, das Einnahmensystem und den Finanzausgleich schildert, um anschliessend die sozio-ökonomische Bedeutung des fiskalischen Föderalismus in der Schweiz zu beurteilen. Dabei begnügt er sich mit einer verbalen und statistischen Beschreibung der bestehenden institutionellen Ordnung auf den drei Ebenen Bund, Kantone und

45 Dieter Schröder und Mitarbeiter, *Wachstum und Gesellschaftspolitik.* (=prognos studien 4.), Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, 1971.

46 Stephan Bieri, *Fiscal Federalism in Switzerland* (unveröffentlicht).

Gemeinden sowie der Allokations-, Stabilisierungs- (bzw. Steuerungs-) und Verteilungswirkungen; er versucht überdies, logisch-abstrakt die schweizerische Finanzverfassung als System zu interpretieren und dessen Wirksamkeit an theoretischen Fragestellungen zu messen. Die Fragen, ob der Föderalismus zur Über- oder Unterversorgung im Bereich der öffentlichen Güter führe, ob externe Effekte (z. B. Steuerexport) zwischen den Kantonen bestünden, ob der mit der Gemeindeautonomie postulierte Leistungs- und Belastungswettbewerb spiele, wird erst die 1975 fertigzustellende Studie beantworten.

Als eines des grössten interdisziplinären Forschungsprojektes ist das vom Nationalfonds finanzierte zum Problem *„Wachstum und Umwelt"* (NAWU) zu nennen. Seine Problemstellung, nämlich die Überführung des Wirtschaftswachstums in ein Gleichgewicht mit den ökologischen Tragfähigkeiten unter Berücksichtigung der sozialen und politischen Auswirkungen, hat Projektleiter *Hans-Christoph Binswanger* (St. Gallen) im Aufsatz: „Können wir das Wirtschaftswachstum steuern? "[47] umrissen. Eine kleine und im Gesamtprojekt z. T. erst später eingesetzte Gruppe untersucht politologische und polit-ökonomische Fragestellungen, letzteres unter Anwendung des systemanalytischen Ansatzes mit empirischen Fallstudien. Zu nennen ist hier die Arbeit von *Beat Hotz* (Zürich) und *Hans Werder* (Konstanz): „Stellung und Funktion des politischen Systems in der Wachstumsdynamik entwickelter Industriegesellschaften"[48]. Hier werden die Bedeutung des staatlichen Outputs für das Wirtschaftswachstum, die Folgeprobleme des Wachstums auf das politische System sowie das Wirtschaftswachstum als Voraussetzung und Schranke staatlicher Problemlösung in einen theoretischen Gesamtrahmen gestellt. Den gewählten politisch-ökonomischen Systemansatz deutet *Wolf Linders* (Konstanz/Zürich) Einzelaufsatz: „Raumordnungspolitik in den Strukturproblemen von Wachstum und Umwelt"[49] an. Derselbe Autor wird versuchen, wie weit das Politiksystem strukturell in der Lage ist, ökonomische Wachstumsprozesse über die heutige Stop-and-go Politik hinaus zu beeinflussen. *Ernst König* widmet sich Krisentendenzen und Legitimationsproblemen des Staates unter dem Aspekt ökologisch verträglichen Wirtschaftswachstums, während *Werner Geissberger* die Politisierung von Folgeproblemen des ökonomischen Wachstums untersucht.[50]

Aufschlüsse über den Zusammenhang ökonomischer und politischer Entscheidungsprozesse können im Rahmen eines Forschungsprojekts „Möglichkeiten und Grenzen politischer Planung in der Schweiz" erwartet werden, dessen Durch-

47 Hans-Christoph Binswanger, „Können wir das Wirtschaftswachstum steuern? " in: *Zerstörerische Freiheit? Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft* 1974, (45. Jg.), Bern 1974, S. 49 ff.

48 Diese Arbeit wird als Gemeinschaftsdissertation im Laufe des Jahres 1975 abgeschlossen.

49 „Raumordnungspolitik in den Strukturproblemen von Wachstum und Umwelt", in: *Werdende Raumplanung,* ORL Schriftenreihe, Zürich 1974, S. 93 ff.

50 Vom Gesamtprojekt, das bis 1976 finanziert ist, liegt erst ein provisorischer Zwischenbericht vor. Für Auskünfte zu den Arbeiten steht das NAWU-Sekretariat, Gloriastrasse 35, Zürich, bereit.

führung am ORL-Institut der ETH Zürich beabsichtigt ist und von dem eine Vorstudie vorliegt [51].
An westschweizerischen Universitäten scheinen Fragen zur Sozialpolitik besondere Aufmerksamkeit zu geniessen, wurden doch vom Département de Sociologie, Genève (leider ohne nähere Angaben) Projektvorhaben zur Sozialpolitik generell *(Patrick de Laubier)*, zu ihren Entwicklungstendenzen in hochindustrialisierten Ländern sowie zur Planung des Systems sozialer Sicherheit gemeldet.

IV. Ausblick

Erinnern wir uns an den vorne gemachten Versuch einer Kategorisierung polit-ökonomischer Ansätze, so können die schweizerischen Beiträge zur „ökonomischen Theorie der Demokratie" auf einen renommierten Bestand zurückgreifen, während der Systemansatz als polit-ökonomisches Paradigma seine Reputation innerhalb und ausserhalb der Zunft bei uns wohl erst erwerben muss. Sehr spannend könnten sicherlich Anwendungsbeispiele der Policy Analysis an schweizerischen Politikbereichen sein; staatliche Finanzkrisen könnten hier sozialwissenschaftliche Forschung ausnahmsweise begünstigen. Dass an einer marxistischen Kritik der politischen Ökonomie kein Interesse besteht, wäre wohl falsch zu sagen. Eher ist zu vermuten, dass die tolerierte Bandbreite des realpolitischen Pluralismus im wenig ausdifferenzierten schweizerischen Wissenschaftsbetrieb nur geringfügig überschritten werden darf, was der Beschäftigung mit materialistischen Theorieansätzen generell wenig Chancen gibt.
Von der Verbreitung polit-ökonomischer Paradigmata wird die schweizerische Politische Wissenschaft wohl allgemein berührt werden. Damit könnten die bereits erforschten Gebiete schweizerischer Politik z. T. vorteilhaft ergänzt oder neuer Diskussion zugeführt werden. In der Zusammenarbeit mit Ökonomen – die unabdingbar erscheint – ergeben sich die grössten Chancen dort, wo jene ihr Interesse der Untersuchung praktischer Politikfelder zuwenden (beispielsweise allgemeine Wirtschafts-, Regional-, Infrastruktur- oder Sozialpolitik). Für die wenig konsolidierte schweizerische Politische Wissenschaft bedeutet dies gewaltige Forschungsanstrengungen, welche ohne zureichende Grundausstattung der Disziplin kaum zu leisten sind. Die Entwicklung und Ausbreitung des polit-ökonomischen Paradigmas erfolgt allerdings auch andernorts. Von Seiten der Politikwissenschaft ist daher Sorge zu tragen, ihre Problem- und Fragestellungen rechtzeitig zu formulieren und geltend zu machen, soll der Anschluss nicht verpasst werden.

51 Wolf Linder/Rolf Vetterli, *Möglichkeiten und Grenzen politischer Planung in der Schweiz, Eine Vorstudie,* (= Studienunterlage Nr. 22 des ORL-Instituts), Zürich 1974.